

*Wolfgang Lienemann*

## Erziehung zum Frieden inmitten politischer Konflikte

Erziehung zum Haß, zur Feindschaft, zum Kriege ist möglich. Erziehung zum Frieden ist notwendig. Es ist aber keinesfalls sicher, ob Erziehung zum Frieden möglich ist. Daß Erziehung zu Haß, Aggression und Gewalt möglich ist, lehrt eine unübersehbare Fülle von Beispielen aus der Geschichte der Menschheit. Im Jahre 1916 erschien in Leipzig, herausgegeben von W. Janell, ein Buch mit dem Titel „Kriegspädagogik“. Es stellt den Beitrag der verschiedenen Schulfächer zur Kriegserziehung dar – vom Religionsunterricht bis zur Mathematik. Erziehung zu Haß und Feindschaft, Kriegspädagogik, ist unter anderem deshalb möglich, weil ihr Ziel, die Tauglichkeit zu bewaffnetem Streit und zum Kriege, präzise definiert werden kann. Friedenspädagogik ist in analoger Weise trotz wohlmeinender Pädagogen deshalb nicht möglich, weil ihr Ziel, der Friede, nicht vergleichbar eindeutig definiert werden kann. Daß der Krieg möglich ist, wissen wir – aus eigener Erfahrung oder aus Erfahrung zweiter Hand: durch die bisweilen verharmlosenden und die bisweilen zusammenhanglos brutalen Bilder, welche die Medien in jede Wohnung tragen, und auch durch Erzählungen der älteren Generation – wenn sie doch mehr und intensiver von dem so schwer Vorstellbaren, dem letzten Kriege, berichten würde! Krieg läßt sich juristisch hinreichend präzise definieren. Er beginnt mit einer formellen Erklärung oder einfach faktisch, aber sein Abgrenzungskriterium ist in jedem Fall eindeutig: Krieg beginnt, wenn die Waffen sprechen; er endet, wenn dieses Gespräch zwischen Taubstummen aufhört.

In der abendländischen Geschichte hat die Erfahrung des Krieges das Nachdenken über den Frieden geprägt. Frieden schließen heißt noch für Kant: den Krieg beenden – bis auf weiteres. Mit dem Friedensschluß endet der Krieg – für eine Weile.<sup>1</sup> Politik ist die Kunst, diese Weile zu nützen – in Erwartung des nächsten Krieges, um für ihn gerüstet zu sein. Man kann den Frieden, jenen segensreichen Unterbruch des Krieges, nützen, um sich auf den nächsten Waffengang sorgfältig vorzubereiten. Insofern ist Erziehung zum Kriege möglich. *Si vis pacem, para bellum.*

---

<sup>1</sup> Dazu umfassend Jörg Fisch, *Krieg und Frieden im Friedensvertrag. Eine universalgeschichtliche Studie über Grundlagen und Formelemente des Friedensschlusses*, Stuttgart 1979.

Ich kenne niemanden, der von einem künftigen Kriege auf der Nordhälfte unserer Erde und besonders in Europa etwas anderes erwartet als die endgültige Zerstörung derjenigen Zivilisation, zu deren Verteidigung alle militärische Rüstung dienen soll. Krieg als Mittel der Politik zur Wiederherstellung des Friedens ist in Europa nicht mehr vorstellbar. Diese These hat zwei Voraussetzungen, die ich nicht verschweigen will. Die erste Voraussetzung ist: Ein in Europa beginnender Krieg würde mit größter Wahrscheinlichkeit den Einsatz von Kernwaffen einschließen. Die zweite Voraussetzung: Ein Krieg mit Einschluß von Kernwaffen entzieht sich weitgehend politischer Kontrolle und läßt sich insofern nicht begrenzen. Krieg im traditionellen Sinne aber war definiert als rationales Mittel rationaler Politik; in diesem Sinne ist Krieg in Europa an der Schwelle zum dritten Jahrtausend nicht mehr möglich. Kriegspädagogik, so hatte ich gesagt, ist möglich, weil und sofern ihr Ziel präzise definiert werden kann. Kriegspädagogik bleibt auch weiterhin möglich, aber sich bei ihrem Ziel, der Fähigkeit zum Kriegführen, etwas Rationales vorzustellen, ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Diese Diagnose gründet in bestimmten Annahmen über wahrscheinliche Kriegsbilder und über technische Kriegsmittel in unserer Zeit. Daß jeder moderne Krieg zerstört, was er schützen soll, gilt mit großer Wahrscheinlichkeit nicht nur für die Kernwaffen, sondern auch für moderne konventionelle Waffensysteme, sobald sie in einem erheblichen Umfange eingesetzt werden. Dieser Einsicht trägt die Zielbestimmung der Bundeswehr insofern Rechnung, als die bewaffneten Streitkräfte der Bundesrepublik in erster Linie nicht Krieg führen, sondern einen potentiellen Aggressor davon abschrecken sollen, seinerseits Krieg zu beginnen. Sieg mit militärischen Mitteln ist in Europa kein denkbare Ziel der Kriegführung mehr. Kriegspädagogik mag möglich bleiben, aber sie wird sinnlos.

Unter diesen Voraussetzungen ist Erziehung zum Frieden keine Alternative zur militärischen Bereitschaft zum Kriege, sondern der einzige Weg, der uns offensteht. Europa jedenfalls wird nur überleben, wenn es gelingt, den Ausbruch eines Krieges, der hier oder in einer anderen Region seinen Ursprung hat, zu verhindern. Erziehung zum Frieden ist deshalb eine Notwendigkeit ohne Alternative. Es ist aber alles andere als sicher, daß Erziehung zum Frieden möglich ist. Die Einsicht in diese Notwendigkeit muß daher am Anfang einer Besinnung über Friedenserziehung stehen. In ihrem „Gemeinsamen Wort zum Frieden“ haben im August 1979 im Gedenken an den Beginn des Zweiten Weltkriegs die Evangelische Kirche in Deutschland und der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik daher erklärt: „Wir wissen: Lange bevor

ein Krieg ausbricht, hat er in den Gedanken und Herzen der Menschen schon begonnen. Mißtrauen und Angst und das Gefühl der Bedrohung löschen alle anderen Hoffnungen aus. Darum haben wir jetzt für eine konsequente Erziehung zum Frieden zu sorgen.“<sup>2</sup>

Erziehung zum Frieden ist notwendig; ob sie möglich ist, wird erst die Zukunft erweisen. Es gibt starke Gründe, die dagegen sprechen; davon will ich zunächst einige nennen. Erst wenn wir die wichtigsten der Gründe verstehen, die einer konsequenten Erziehung zum Frieden entgegenstehen, lassen sich die Bedingungen und Aussichten eines derartigen Vorhabens halbwegs realistisch beurteilen.

## Erziehung

Die Schwierigkeiten mit jeder Erziehung zum Frieden beginnen damit, daß allzu häufig als bekannt vorausgesetzt wird, was Erziehung ist, so daß man dann „Frieden“ als sogenanntes Lernziel meint hinzufügen zu können. Dieses Lernziel soll erreicht werden können wie die Vermittlung anderer kreativer oder reproduktiver Fähigkeiten, und wer die Methoden beherrscht, wird, wie die gängige Meinung suggeriert, auch verschiedene Zwecke damit erfüllen können.

Dieser Vorstellung von Friedenserziehung mißtraue ich zutiefst. Ich habe das Privileg genossen, mehrere Jahre lang in einem Forschungsinstitut zu arbeiten, das unter der Leitung von Georg Picht stand. Zu den vielen Irrtümern, an deren beharrlicher Verbreitung die öffentliche Meinung arbeitet, gehört auch derjenige, wonach Picht einer einseitigen quantitativen Ausdehnung unseres Bildungswesens das Wort geredet habe. Das Gegenteil ist der Fall. Picht war in erster Linie ein philosophischer Lehrer und politisch denkender Bürger. Von ihm, der wie selten ein Mensch seinen Platon kannte und zugleich wie ein Seismograph die politischen Erschütterungen unserer Zeit registrierte, habe ich gelernt, daß es unmöglich ist, „über“ Erziehung zu sprechen wie über eine Fertigkeit, die man so oder anders handhaben kann. Am Beispiel von Picht habe ich nach und nach die Richtigkeit seiner eigenen Einsicht erfahren, daß Erziehen ein Prozeß ist, „der nur dort zustande kommt und gelingt, wo sich ein Wechselverhältnis zwischen Partnern herstellt, von denen jeder zugleich

---

<sup>2</sup> Abgedruckt in: Kirche und Frieden. Kundgebungen und Erklärungen aus den deutschen Kirchen und der Ökumene (EKD-Texte 3), Hannover 1982, 9—11; 11.

erzogen wird und erzieht“.<sup>3</sup> Eltern können nur erziehen, wenn sie sich auch von ihren Kindern erziehen lassen; Lehrer können das Vertrauen ihrer Schüler nur gewinnen, wenn sie zu einem Dialog bereit sind, in dem sie auch selbst lernen. Partnerschaft ist nur möglich, wo einer den anderen erzieht und von ihm erzogen wird. Picht hat dieses Verhältnis mit einem Stichwort von Walter Dirks als „kritische Solidarität“ charakterisiert. Ein Verhältnis zwischen Menschen ohne das offene Wort und den freimütigen Umgangsstil der Kritik muß veröden und verdorren; Kritik ist hilfreich und erträglich nur zwischen Menschen, die als Kritisierte einander vertrauen können.

Dieses Verhältnis ist nicht auf Familien und Kleingruppen beschränkt. Der Prozeß des Erziehens und Erzogenwerdens findet vor allem auch in den Konfliktfeldern einer Gesellschaft statt. Platon hat gelehrt, daß Erziehung die Grundlage der Polis sei, und in seinem großen Werk über den Staat (Politeia) hat er gezeigt, daß die Bildung der Seele des einzelnen und die Bildung der Polis im Ganzen denselben Gesetzen unterliegen. Platon hat gesehen, daß allen politischen Vorgängen, daß allen öffentlichen Auseinandersetzungen im Staat und im internationalen Bereich eine erzieherische Dimension eigen ist, so daß man sagen kann, daß die nachhaltigste politische Erziehung von der Politik selbst ausgeht. Politik aber ereignet sich als Konfliktgeschehen – als Kampf um Stimmen, Köpfe, Herzen, als Kampf um Macht. Die Weise, in der Politik als Kampf um Macht ausgetragen wird, hat unmittelbar erzieherische Wirkungen. Und wenn Politik im wesentlichen immer ein Konfliktgeschehen ist, dann ist sie ein Erziehungsfaktor auch und gerade darin, wie sie den Umgang mit Konflikten bewältigt. Sobald die Politik vor dieser Aufgabe versagt, ist alles Reden von Friedenserziehung hohl und überflüssig.

### Militärpolitik

Diese These läßt sich an einem ersten Beispiel erläutern, das wie kaum ein anderes das Ausmaß jener Hindernisse für eine konsequente Friedenserziehung zeigt, welche in der Politik und der politischen Lage begründet sind. Wenn ich aus der Fülle friedensgefährdender Entwicklungen unserer Zeit die Militärpolitik hervorhebe, dann darf man trotz gelegentlich zu hörender scharfmacherischer Töne annehmen, daß heute kaum ein verantwortlicher Politiker den Sieg in

---

<sup>3</sup> Georg Picht, Erziehen – was ist das? In: Hier und Jetzt II, Stuttgart 1981, 476–483; 477.

einem großen Krieg ernsthaft für möglich hält. Die NATO definiert deshalb, daß Kernwaffen bereitgehalten werden „für Abschreckung und Verteidigung [...], nicht weil sie damit einen Nuklearkrieg führen, sondern jeden Krieg verhüten will. Die am Ende unberechenbare Zerstörungskraft nuklearer Waffen soll davor abschrecken, den Krieg noch als ein Mittel der Politik zu begreifen. Den Frieden jedoch kann das Bündnis nur wahren, wenn es fähig ist, dem Warschauer Pakt das Risiko eines nuklearen Krieges vor Augen zu führen.“<sup>4</sup> Militär dient – übrigens zum ersten Mal in der deutschen Militärgeschichte! – nach jeder offiziellen Definition in erster Linie der Abschreckung; Abschreckung freilich ist nur glaubwürdig, wenn die Fähigkeit und Bereitschaft erkennbar sind, im Ernstfall sich auch verteidigen zu wollen und zu können. Die Strategie der Abschreckung kann deshalb redlicherweise nur derjenige bejahen, der auch zum Risiko militärischer Verteidigung für den Fall bereit ist, daß die Abschreckung versagt.

In historisch völlig analogeloser Weise verlangt unser Staat von seinen wehrpflichtigen Bürgern die Lösung einer paradoxen Aufgabe. „Jeder Soldat weiß, daß er nicht mehr dazu da ist, den Krieg zu führen, sondern den Krieg zu verhindern. In dem Augenblick, wo er in die Lage käme, die Waffen, die er zu handhaben gelernt hat, anzuwenden, wäre der Zweck, für den er da ist, bereits verfehlt.“<sup>5</sup>

Man würde es sich zu leicht machen, wenn man bestreiten wollte, daß die Strategie der Abschreckung dem Ziel dient, den Frieden zu sichern. Aber diese Strategie beruht maßgeblich auf der Fähigkeit, jederzeit dem Feinde ein unkalkulierbares Risiko anzudrohen, und der Frieden, den sie zu stabilisieren versucht, ist der Waffenstillstand unversöhnter Gegner. Abschreckung *ist* Drohpolitik. Freilich muß nicht jede Drohung oder Drohpolitik moralisch verwerflich sein, denn Politik ist – wie fast jedes zwischenmenschliche Verhalten – ohne Sanktionen nicht denkbar. Die Abschreckungsdrohung stellt aber eine besondere Form der Drohung dar: sie bedarf, wenn sie glaubwürdig sein und Massenloyalität binden soll, der Fixierung der Gegenseite in einer Feindrolle. Die Geschichte der Verhandlungen in Genf über eurostrategische Waffen ist ein deutliches Beispiel dafür, daß keine Seite der anderen zutraute, auch nur einen Schritt zu mehr

---

<sup>4</sup> Bundesminister der Verteidigung (Hg.), Weißbuch 1979. Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr, Bonn 1979, 124, Teilziffer 158.

<sup>5</sup> Georg Picht (Hg.), Studien zur politischen und gesellschaftlichen Situation der Bundeswehr I, 1965, Einführung, 21.

Kooperation und zu einem fairen Kompromiß gehen zu wollen. Militärische Abschreckungspolitik ist deshalb extrem lernfeindlich; nirgends wird dies so deutlich wie in der Tatsache, daß bei keiner Partei der Mut zu notfalls einseitigen ersten Schritten zur Rüstungsverminderung erkennbar ist.

Wenn aber die offizielle Politik derart durch Feindbildfixierungen geprägt ist, welche dem Gegner praktisch keine Chance lassen, Verhaltensalternativen zu erproben, und wenn zugleich die darauf beruhende Verteidigungspolitik für den äußersten Fall das Risiko der Selbsterstörung einschließt, dann ist zu befürchten, daß die erzieherischen Wirkungen dieser Politik langfristig lähmend, vielleicht verheerend sein müssen. Es ist leicht einzusehen, wie prekär unter diesen Bedingungen jede Erziehung zum Frieden sein muß, wenn sie überhaupt möglich ist. Man wird dies nicht einfach den Politikern anlasten dürfen, denn auch sie reagieren nur auf eine faktische Lage, die durch den Hegemoniekonflikt der Supermächte und das Vorhandensein der modernen Waffen gegeben ist. Lähmen aber muß die Aussichtslosigkeit, diesen Antagonismus aufheben zu können.

### Gewissenskonflikte

Ich nenne ein zweites Beispiel für die Schwierigkeiten, auf die eine heutige Erziehung zum Frieden stößt. In den großen Kirchen hat sich in den letzten Jahren zunehmend die Einsicht durchgesetzt, daß eine politische Sicherung des Friedens dauerhaft nicht auf dem prekären Gleichgewicht des Schreckens beruhen kann und darf. Der innerkirchliche Streit geht nicht darum, ob im äußersten Fall der Bedrohung ein Kernwaffeneinsatz zulässig sei, sondern um die Frage, wie man die eigene Abhängigkeit von diesen Waffen überwinden kann, ohne die Kriegsgefahr zu erhöhen. Wenn die einen einstweilen noch eine Stationierung von Kernwaffen hinnehmen, dann vor allem deshalb, weil sie meinen, den Entscheidungsspielraum der Politiker nicht mit unerfüllbaren moralischen Forderungen einengen zu dürfen. Unabhängig von diesen Unterschieden zwischen einzelnen kirchlichen Positionen gibt es aber eine breite Übereinstimmung, daß der Einsatz von Kernwaffen schlechterdings nicht mit der Lehre der Kirche vereinbar ist. Die Militärstrategie fordert aber ebenso zwingend, zu diesem Einsatz auch als erster bereit zu sein für den Fall, daß die Abschreckung versagt. Diesen Widerspruch zwischen ethischen Überzeugungen und den Erfordernissen pragmatischer Politik kann niemand aus der Welt schaffen. Beklemmend aber ist in unserer Zeit, daß die Mehrheit der verantwortlichen Politiker nicht bereit oder in der Lage ist, den eingeschlagenen Weg der Militärpolitik zu über-

denken und zu verlassen, obwohl dadurch nicht nur kleine Minderheiten, sondern erhebliche Gruppen unseres Volkes in tiefe Gewissenskonflikte gestürzt werden. Trotz der großen Demonstrationen vom 22. Oktober 1983 mit der Stationierung der neuen Raketen und später der Marschflugkörper zu beginnen und den Stationierungsprozeß dann über Monate und Jahre hin weiterlaufen zu lassen, wird sich auch als ein nachhaltiger Erziehungsprozeß auswirken, wenn denn meine Ausgangsthese richtig ist, daß die öffentliche Politik der wichtigste Faktor in der politischen Erziehung ist. Ob diese Politik einer konsequenten Erziehung zum Frieden dient, ist mir mehr als zweifelhaft.

### Möglichkeiten des Friedens

Der Streit um die angemessene Militärpolitik zeigt, daß Erziehung zum Frieden ihren Ort nicht außerhalb, sondern nur inmitten politischer Konflikte haben kann. Nur wenn man vor diesem elementaren Sachverhalt nicht die Augen verschließt, ist es sinnvoll, über die realistischen Chancen einer Friedenserziehung nachzudenken, zu der der bewaffnete Konflikt und der Krieg keine Alternativen mehr sind.

In der Friedensforschung haben wir gelernt, daß Frieden etwas anderes ist als Nicht-Krieg. Frieden, der diesen Namen zu Recht verdient, muß mindestens drei Dimensionen umfassen: den Schutz vor Gewalt, den Schutz vor Not, und den Schutz gegen Unfreiheit. Friedenserziehung muß daher ebenfalls diese drei Dimensionen einschließen; sie ist zu verstehen als der Prozeß, in dem Menschen befähigt werden, Gewalt, Not und Unterdrückung zu verringern. In einer solchen Erziehung wird mit Notwendigkeit der Konflikt zwischen der Wirklichkeit des Unfriedens und den Möglichkeiten des Friedens zum zentralen Thema. Deshalb ist Friedenserziehung immer Lernen in und an Konflikten, wie es in einem vorzüglichen Text des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik zur Friedenspädagogik heißt.<sup>6</sup> Dabei geht es im einzelnen um verschiedene Aufgaben, die sich charakterisieren lassen als „Vermittlung von Wissen, als Veränderung von Einstellungen und als Befähigung zum Handeln“. Diese Aufgaben ihrerseits lassen sich danach unterscheiden, auf welcher Ebene sie ihren Ort haben: auf der internationalen Ebene, auf der innergesellschaftlichen Ebene oder auf der zwischenmenschlichen Ebene.

---

<sup>6</sup> Rahmenkonzept „Erziehung zum Frieden“, in: Kirche und Frieden (s. Anm. 2), 68—82; die folgenden Hinweise lehnen sich an dieses Konzept an.

Welche Beziehungen zwischen diesen Ebenen bestimmend sind, gehört zu den wichtigsten ungeklärten Fragen der Friedensforschung. Im Folgenden will ich Ansatzpunkte für eine derartige Friedenserziehung auf jeder der drei Ebenen skizzieren, zunächst auf der internationalen Ebene.

### Kritische Solidarität

Als nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan deutlich wurde, daß der Hegemonialkonflikt zwischen den Supermächten immer schärfere Formen annehmen würde, haben die Leitungen der Evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik nicht nur ihre zwischenkirchlichen Konsultationen intensiviert, sondern sich auch in mannigfacher Weise darum bemüht, auf die jeweiligen Regierungen einzuwirken, damit diese von der Entspannung in Europa zu retten suchten, was zu retten war. In dem Bericht über diese Konsultationen heißt es: „Die Kraft des Evangeliums hält über Grenzen hinweg Kirchen in Gemeinschaft zusammen. Das gilt auch an der Nahtstelle zweier Machtsysteme für die besondere Gemeinschaft des Bundes der Kirchen und der Evangelischen Kirche in Deutschland. Beide Kirchen nehmen ihre Verantwortung in ihrem gesellschaftlichen Kontext eigenständig wahr und mühen sich, sich ganz auf ihre Auftragsituation einzulassen. Gleichzeitig wollen sie nicht in den Antagonismen der Systeme vereinnahmt werden, weil sie von ihrem Auftrag her den Brückendienst der Versöhnung zu tun haben.“<sup>7</sup> Diese Stellung der Kirchen kann man in dem anfangs erwähnten Stichwort der kritischen Solidarität zusammenfassen: Der Staat bedarf eines kritischen Gegenübers, welches ihn daran erinnert, daß das jeweilige ideologische Programm nicht die Wahrheit für sich gepachtet hat; zugleich kann die Kritik nur fruchtbar sein, wenn die Kirchen den Staat und die Gesellschaft, innerhalb derer ihr Ort ist, nicht von Grund auf ablehnen. In einer Zeit, in der die ideologische Auseinandersetzung fanatische Züge annimmt, die höchsten Repräsentanten der Supermächte sich gegenseitig als Terroristen bezeichnen und den anderen nachgerade als Inkarnation des Bösen betrachten, ist es für die Bewältigung internationaler Konflikte unabdingbar, daß die Kirchen über die Grenzen hinweg bei derartigen Konfrontationen nicht mittun. Sie haben beharrlich daran zu erinnern, daß durch die ideologisch aufgeheizte Polarisierung der Supermächte die Lösung der großen Weltprobleme – der internationalen Wirtschaftsordnung,

---

<sup>7</sup> Siehe Anm. 2, 12–15; 13.



der Erhaltung der natürlichen Umwelt, der Beseitigung materieller Not, der Durchsetzung der Menschenrechte – aufs äußerste erschwert wird. Friedenserziehung muß auf dieser Ebene dazu anleiten, diese Zusammenhänge zu erkennen; sie bedarf der Wissensvermittlung, um das politische Bewußtsein zu schärfen.

Den Kirchen kommt dabei eine vorbildliche Rolle zu: sie müssen über die staatlichen Grenzen und die zwischenstaatlichen Konflikte hinaus praktisch demonstrieren, daß es für Christen stets eine höhere Loyalität gibt als nur die zu ihrem eigenen Volk und Staat. Wenn den Kirchen dieser Dienst der Versöhnung gelingt, bildet er ein unverzichtbares Element der Erziehung zum Frieden. In dieser Perspektive muß auch die Tatsache gewürdigt werden, daß der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland in seinem „Wort“ zur Friedensdiskussion im Herbst 1983 sich den Aufruf der Sechsten Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Vancouver zu eigen gemacht hat, in dem es heißt: „Wir rufen die Kirchen, vor allem jene in Ost- und Westeuropa und in Nordamerika auf, ihre Bemühungen zu verdoppeln, um ihre Regierungen zu überzeugen, daß sie auf dem Verhandlungsweg zu einer Einigung gelangen und daß sie sich jetzt, bevor es zu spät ist, von den Plänen, in Europa zusätzliche oder neue Atomwaffen zu stationieren, abwenden und daß sie sofort damit beginnen, die vorhandenen Atomstreitkräfte zunächst zu reduzieren und dann gänzlich abzubauen.“

### Verweigerung und Anerkennung

Für Friedenserziehung auf der Ebene von Staat und Gesellschaft nenne ich nur einen Zusammenhang, in welchem den Kirchen eine besondere Verantwortung zukommt. Während auf der globalen Ebene Handlungsmöglichkeiten für den einzelnen kaum oder bloß höchst indirekt gegeben sind, hat jeder an seinem Ort Einfluß auf die Art und Weise, in der gesellschaftliche Konflikte bewältigt werden. Eine Kirche, die in kritischer Solidarität inmitten ihrer Gesellschaft existiert, kann und darf sich den Konflikten dieser Gesellschaft nicht entziehen – übrigens ebensowenig wie die Schule –, wenn sie die Solidarität nicht preisgeben und damit ihren Auftrag verraten will. Einer der Konflikte, der deshalb stets auch innerhalb der Kirche ausgetragen werden muß, ist der zwischen jenen, die den Wehrdienst leisten, und jenen, die ihn aus Gewissensgründen verweigern. Mit Recht haben die Kirchen in dieser Frage ihren Gliedern kein für alle geltendes moralisches Gesetz vorgeschrieben. Ihr spezifischer Beitrag besteht vielmehr darin, beide, Soldaten wie Kriegsdienstverweigerer, zur kritischen Solidarität untereinander anzuhalten. Der

Kriegsdienstverweigerer leistet dem Soldaten den Dienst der Kritik darin, daß schon seine Existenz immer wieder zur Frage nötigt, welches denn die ethisch vertretbaren Gründe sein mögen, sich für den Waffendienst ausbilden zu lassen und notfalls auch tatsächlich bereit zu sein, das zu tun, wozu man ausgebildet ist. Durch seine kritische Anfrage schützt der Kriegsdienstverweigerer den Soldaten vor der Gefahr der Selbsttäuschung. Er wird aber zugleich dem Soldaten darin nicht seine Solidarität verweigern, daß er selbst weder sich noch andere darüber täuscht, welche Risiken der Weg der Waffenlosigkeit birgt.

Umgekehrt liegt in der Existenz des Soldaten die kritische Frage an den Kriegsdienstverweigerer, ob er mit seinem Weg des Gewaltverzichts nicht die Gefahr erhöht, daß Recht und Freiheit schutzlos werden, und ob er, wenn er für sich selbst diesen Weg wählen mag, ihn auch im Blick auf andere gehen will, deren Schutz ihm nicht gleichgültig sein kann. Fruchtbar wird diese Kritik aber nur dann, wenn sie von einer Solidarität des Soldaten mit dem Kriegsdienstverweigerer getragen ist, die darin zum Ausdruck kommt, daß es auch dem Soldaten eine offene Frage bleibt, ob er ethisch verantworten kann, im Ernstfall zu tun, was ihm befohlen wird.

Diese Fragen können an die Grenze dessen führen, was das menschliche Gewissen aushalten kann. Viele werden sagen, daß beide, Soldat wie Kriegsdienstverweigerer, mit der Pflicht zu kritischer Solidarität überfordert sind. Um so wichtiger ist, daß diese Solidarität im Raum der Kirche eingeübt wird, wo beide, Soldat wie Kriegsdienstverweigerer, aus derselben Taufe gehoben sind und dasselbe Abendmahl miteinander teilen. Wenn es gelingt, kritische Solidarität einzuüben, die auf diesem Fundament gegründet ist, wird es möglich sein, einander kritisch und fair Rechenschaft über das eigene Tun zu geben und auch tapfer und fair miteinander zu streiten. Wo die Kirche in der Gesellschaft exemplarisch diesen Weg gegenseitiger Kritik und Solidarität vorlebt, ist sie ein lebendiger Faktor der Erziehung zum Frieden.

### Festigkeit und Besonnenheit

Schließlich gilt, daß Friedenserziehung zu Hause und beim einzelnen beginnt. Es ist leicht einzusehen, daß der einzelne nur schwer zum Frieden fähig wird, wenn in den öffentlichen Angelegenheiten des Staates Streit, Haß und Feindschaft dominieren. Doch ebenso kann nur derjenige Frieden stiften, der in seiner eigenen Seele Frieden gefunden hat. Das bedeutet nicht Konfliktfreiheit, sondern eine Ichstärke und Rollenkompetenz, die es erlauben, inmitten von Kon-

flikten zur Ruhe und zur Sammlung zu finden. Darum ist das Gebet um den Frieden in der Christenheit das Zentrum, aus dem heraus erst die politische Arbeit möglich wird. Dieses Gebet ist für die Gemeinde der Ort, an dem sie sich Frieden zusagen und schenken läßt; analog ist der Frieden der Seele nicht etwas, das herzustellen, herbeizuzwingen oder durch Pädagogik zu bewirken wäre, sondern ein Geschenk, das sich unversehens einstellt. Der Frieden der Seele kann sich in einem Menschenleben herausbilden, aber Menschen können nicht zu ihm erziehen. Dieser Friede ist das schmale Fundament, auf dem das ganze Gebäude der politischen Friedensstiftung ruht; es kommt zum Vorschein, wenn ich auch meinem Feind den Gruß „Schalom“ entbieten kann. Daß inmitten aller Konflikte der Friedensgruß möglich wird, setzt voraus, daß ich in mir Frieden habe, zu ihm selbst Zutrauen fasse und gar nicht anders kann, als von diesem Frieden weiterzugeben, weil ich auch anderen vertrauen mag. Daß diese Fähigkeit zur Reife gelangt – dafür ist oft ein ganzes Menschenleben leider noch viel zu kurz.

### Lebensbedingung

Eingangs habe ich gesagt, daß Erziehung zum Frieden notwendig ist, aber daß wir nicht wissen, ob sie möglich ist. Diese Behauptung resultiert aus der Einsicht, daß, wie Carl Friedrich von Weizsäcker lehrt, Frieden in der Welt heute zur Lebensbedingung wird, aber daß niemand von uns sicher sein kann, ob diese Bedingung zu gewährleisten ist. Vor etwas mehr als hundert Jahren hat Friedrich Nietzsche, Altphilologe und Platonkenner wie Georg Picht, dieselbe Erkenntnis in Worten formuliert, die Weizsäcker in seinem Buch „Wahrnehmung der Neuzeit“ abdruckt.<sup>8</sup> Ich zitiere einen Teil des Nietzsche-Textes, dessen Überschrift lautet. „Das Mittel zum wirklichen Frieden.“<sup>9</sup>

„So stehen nun alle Staaten jetzt gegen einander: sie setzen die schlechte Gesinnung des Nachbars und die gute Gesinnung bei sich voraus. Diese Voraussetzung ist aber eine *Inhumanität*, so schlimm und schlimmer als der Krieg; ja, im Grunde ist sie schon die Auf-

---

<sup>8</sup> C.F. von Weizsäcker, Wahrnehmung der Neuzeit, 1983, 106f.

<sup>9</sup> F. Nietzsche, Menschliches, Allzumenschliches II, Nr. 284, in: Sämtliche Werke II (hg. von Giorgio Colli und Mazzino Montinari), 1980, 578f. – Der vorliegenden Miniatur 6, die hier den Schluß bildet, liegt zugrunde ein Vortrag in Celle anlässlich der Eröffnung der Friedensdekade November 1983 des Kirchenkreises Celle am 4. November 1983.

forderung und Ursache zu Kriegen, weil sie, wie gesagt, dem Nachbar die Immoralität unterschiebt und dadurch die feindselige Gesinnung und That zu provociren scheint. Der Lehre von dem Heer als einem Mittel der Nothwehr muß man ebenso gründlich abschwören, als den Eroberungsgelüsten. Und es kommt vielleicht ein großer Tag, an welchem ein Volk, durch Kriege und Siege, durch die höchste Ausbildung der militärischen Ordnung und Intelligenz ausgezeichnet, und gewöhnt, diesen Dingen die schwersten Opfer zu bringen, freiwillig ausruft: *„wir zerbrechen das Schwert“* – und sein gesamtes Heerwesen bis in seine letzten Fundamente zertrümmert. *Sich wehrlos machen, während man der Wehrhafteste war*, aus einer Höhe der Empfindung heraus, – das ist das Mittel zum *wirklichen* Frieden, welcher immer auf einem Frieden der Gesinnung ruhen muß: während der sogenannte bewaffnete Friede, wie er jetzt in allen Ländern einhergeht, der Unfriede der Gesinnung ist, der sich und dem Nachbar nicht traut und halb aus Haß, halb aus Furcht die Waffen nicht ablegt. Lieber zu Grunde gehen, als hassen und fürchten, und *zweimal lieber zu Grunde gehen, als sich hassen und fürchten machen*, – dieß muß einmal auch die oberste Maxime jeder einzelnen staatlichen Gesellschaft werden!“